

Windarmes Frühjahr

Stromproduktion aus Kohle hat zugenommen

In den ersten drei Monaten des Jahres hat die Stromproduktion mittels Kohle die Windkraft hierzulande wieder überholt. Ein „windarmes Frühjahr“ habe zu fast einem Drittel weniger Strom aus Windkraft geführt, teilte das Statistische Bundesamt am Freitag mit. Gefüllt wurde die Lücke nach Angaben der Wiesbadener Behörde durch eine höhere Stromerzeugung aus Kohle- und Erdgaskraftwerken.

Insgesamt wurden von Januar bis einschließlich März 138,2 Milliarden Kilowattstun-

den Strom erzeugt und ins Netz eingespeist. Nach vorläufigen Ergebnissen des Bundesamtes waren das 2,6 Prozent weniger als im ersten Quartal 2020. Stamme der Strom im Vorjahreszeitraum überwiegend aus erneuerbaren Energiequellen wie Windkraft, Biogas und Sonne (51,4 Prozent), dominierten zu Beginn dieses Jahres Kohle, Gas und Kernenergie (59,3 Prozent).

Kohle war mit einem Anteil von 28,9 Prozent an der gesamten Strommenge der wichtigste Energieträger. dpa

„Starker Aufschwung“

Bundesbank erwartet auch kräftige Inflation

Die Deutsche Bundesbank hat ihre Konjunkturprognose für dieses und nächstes Jahr heraufgesetzt und erwartet einen „starken Aufschwung“ der deutschen Wirtschaft. Die Zentralbank der Bundesrepublik erwartet für 2021 ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 3,7 Prozent und für 2022 von 5,2 Prozent. Im Jahr 2023 rechnet die Bundesbank mit einem Anstieg von 1,7 Prozent, wie sie am Freitag mitteilte.

Schon in diesem Sommer könnte die Wirtschaftsleistung

wieder Vorkrisenniveau erreichen, erklärte Bundesbankpräsident Jens Weidmann.

Zugleich erwartet die Bundesbank einen kräftigen Preisanstieg – angetrieben von den wieder höheren Mehrwertsteuersätzen, den neu eingeführten CO₂-Emissionszertifikaten und den stark gestiegenen Preisen für Rohöl und Nahrungsmittel. Die Zentralbank rechnet für das laufende Jahr mit einer Inflation von 2,6 Prozent – mit möglichen Spitzen von vier Prozent zum Jahresende. afp

GASTWIRTSCHAFT

Kritik ist ein Lebenselixier

Wer die Jugend mundtot macht, überlebt nicht



Von Hilke Brockmann

Mir hat der Atem gestockt. Ich spürte diesen Stich in der Magengrube, als ich von der Entführung des Ryanair-Flugzeugs nach Weißrussland, der Verhaftung des Passagiers Roman Protassewitsch und seine verstörende Zurschaustellung im Fernsehen erfuhr.

Dieser brutale Verstoß gegen das ureigenste Menschenrecht auf körperliche Unversehrtheit lässt mich als Mutter physisch mitleiden. Ich sehe diesen jungen Mann, seine Freundin, die anderen Demonstranten, und ich sehe auch die vielen jungen Protestierenden und Flüchtenden in anderen Ländern. Und ich empfinde pures Unglück. In was für einer Welt leben wir eigentlich, in der die alten Herrschenden, seien wir ehrlich, es sind meistens alte Herrscher, ihre eigenen Kinder foltern und mundtot machen?

Warum ist es so schwer, der Jugend zuzuhören und Kritik zu ertragen? Ich will keineswegs die Jugend von jeglichen Fehlern freisprechen. Ich bin eine Mutter und realistisch. Aber sie sind die Zukunft und kein Regime wird überleben, wenn es seine Zukunft mit Füßen tritt.

Die katholische Kirche erlebt das schmerzlich in diesen Tagen. Dabei ist Kritik ein Lebenselixier und ein unverzichtbares Korrektiv. Die westlichen Demokratien halten sich zu Gute, dass sie sich durch die regelmäßige Wahl diesem Korrektiv stellen. Auch dort liegt einiges im Argen. Aber Demokratien tolerieren Meinungsänderungen und wechseln dann ihr Führungspersonal aus. Den vielen Autokratien fehlt dieses Korrektiv. Und gerade das macht sie verwundbar. Denn wie schon Tancredi im Film „Der Leopard“ einsieht: „Wenn wir wollen, dass alles bleibt wie es ist, dann ist nötig, dass alles sich verändert“.

Lukaschenko ist heute 66 Jahre alt. Im guten Rentenalter wie auch Putin, Xi Jinping und Erdogan. Da ist es an der Zeit, seinen Abgang zu planen. Sicher, Joe Biden ist sogar 78 Jahre. Aber sein Amtsende steht schon fest.

Regime, denen diese demokratische Nachhilfe fehlt, stoßen früher oder später an ihre biologischen Grenzen. Wenn Autokraten wollen, dass etwas Brauchbares aus ihrer Zeit überlebt, dann müssten sie rechtzeitig ihre Nachfolge regeln. Lukaschenko hat's verpasst. Er hat die Proteste der belarussischen Kinder ignoriert. In der Geschichte wird er einen schäbigen Platz einnehmen. Wir Mütter leiden und können nur hoffen, dass gezielte Wirtschafts-sanktionen wirksam sind.

Die Autorin ist Soziologin und arbeitet an der Jacobs University in Bremen.

Werft ohne Schiffe

Die Pandemie hat den Kreuzfahrttourismus lahmgelegt.

Darunter leidet die Meyer Werft in Papenburg. Geschäftsführung und Betriebsrat ringen um die Arbeitsplätze / Von Steffen Herrmann

Die Meyer Werft im niedersächsischen Papenburg hat schon bessere Tage gesehen. Seit die Corona-Pandemie das Kreuzfahrtgeschäft zum Erliegen brachte, gibt es praktisch keine Nachfrage mehr nach neuen Schiffen. Die Werftleitung will das Unternehmen umbauen, die Beschäftigten bangen um ihre Jobs. „Die Stimmung ist auf dem absoluten Tiefpunkt“, sagt Thomas Gelder, Bevollmächtigter der IG Metall in Leer/Papenburg, im Gespräch mit der Frankfurter Rundschau. „Ein Funke und dann explodiert das hier“, so Betriebsratschef Nico Bloem.

Die beiden Gewerkschafter erheben schwere Vorwürfe gegen die Geschäftsführung der Werft: Es geht um eine umstrittene Abstimmung, einen Drohnenflug und das, was die Arbeitnehmervertreter:innen als Schikanen empfinden. Was ist passiert?

Am ersten Juni-Wochenende hatte die Geschäftsleitung die Belegschaft über den geplanten Stellenabbau abstimmen lassen. Betriebsrat und IG Metall waren nicht an der Abstimmung beteiligt. Die erste Option: die Streichung von 660 Stellen sowie zusätzlich 200 unbezahlte Überstunden pro Person und Jahr. Als zweite Option stand der Abbau von mehr als 1000 Jobs zur Wahl.

Nach Angaben der Meyer Werft hatten sich 1557 Mitarbeiter:innen an der Online-Befragung beteiligt. 1446 Beschäftigte wählten demnach die erste Option. „Es ist jetzt klar, dass die Lösung über das Zukunftspaket mehrheitlich den Willen der Belegschaft widerspiegelt“, teilte Geschäftsführer Jan Meyer nach der Abstimmung mit.

„Die Menschen hatten die Wahl zwischen Pest und Cholera“, hält Gelder entgegen, der beide Optionen ablehnt und außerdem kritisiert, dass die Werksleitung zwar Zahlen nennt, aber nicht sage, wo sie die Stellen abbauen wolle. Die Beschäftigten seien deshalb verbittert: „Jahrzehntlang haben sie sich für das Unternehmen aufgeopfert und werden jetzt so behandelt“, sagt

Gelder. Für ihn, sagt Gelder, sei klar geworden, dass die Geschäftsführung die Zukunft der Werft nicht verhandeln, sondern diktieren wolle.

Der Betriebsratsvorsitzende Bloem betont, dass weniger als die Hälfte aller Beschäftigten an der Abstimmung teilgenommen habe. Seinen Kolleginnen und Kollegen macht er keinen Vorwurf, sondern der Geschäftsführung, die den Stellenabbau als „Casting-Show“ inszeniert habe.

Eine beliebte Taktik der Arbeitgeberseite seien solche Abstimmungen, sagte Ralf-Carsten Bonkowski, Fachanwalt für Arbeitsrecht und früherer Gewerkschaftssekretär, der FR. Damit werde versucht, die Belegschaft und ihre Vertreter:innen zu spalten. Arbeitnehmer:innen sollten „einer solchen durchsichtigen Taktik nicht auf den Leim gehen und auf ihre gewählten Vertreter vertrauen“. Denn rechtliche Folgen habe eine solche Abstimmung nicht, so Bonkowski. „Verhandlungspartner der Arbeitgeberin für die Verhandlung von Interessenausgleich und Sozial-

plan bleibt der Betriebsrat. Dafür ist er von den Arbeitnehmern des Betriebs gewählt.“

Auch aus der Politik kam Kritik an dem Verhalten der Geschäftsleitung: „Ich habe die Infoveranstaltung als ein Foul empfunden“, sagte Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ bei einem Besuch der Papenburger Werft vergangene Woche. Eine Situation mit derart verhärteten Fronten zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite wie auf der Meyer Werft kenne er „nirgendwo in Niedersachsen“, so der SPD-Politiker.

Und die Fronten verhärteten sich weiter: Die aufgeschreckten Arbeitnehmervertreter:innen organisierten am Montag nach der Abstimmung eine Betriebsversammlung. Gegen erheblichen Widerstand der Werftleitung, wie Thomas Gelder und Nico Bloem berichten. Vorgesetzte hätten Beschäftigten von der Teilnahme an der Betriebsversammlung abgeraten, Werkstore seien verschlossen gehalten worden und Wachleute hätten Fotos von Teilneh-



Erste Kreuzfahrten in die Ostsee starteten an Pfingsten. IMAGO IMAGES